

Fazit: Diskurstheorie und Russlands souveräne Demokratie

Die vorliegende Arbeit hatte das vorrangige Ziel, russische Perspektiven auf politische und nationale Identitäten zu rekonstruieren, insbesondere im offiziellen aber ferner auch im gegen-hegemonialen Diskurs. Die Ergebnisse der Arbeit liegen sowohl im empirischen als auch im theoretischen Bereich. Hinsichtlich der politischen Entwicklung Russlands gibt es in aktuellen Publikationen üblicherweise zwei verbreitete Einschätzungen:

- Dass Demokratie in Russland keine Rolle mehr spielt, weder im offiziellen Diskurs, wo sie bestenfalls als propagandistisches Lippenbekenntnis besonders für den Westen in Erscheinung tritt, noch in der öffentlichen Meinung; und
- dass ein zunehmender Nationalismus in der Innen- wie Außenpolitik das Land von Europa und dem Westen entferne.

Zu den empirischen Ergebnissen der Arbeit zählen zwei diesem *Common Sense* zumindest teilweise widersprechende Einsichten.

Demokratie ja, aber ...

Eine erste kontraintuitive Einsicht ist die Rolle, die der Signifikant der „Demokratie“ trotz allem nach wie vor im russischen politischen Diskurs zu spielen scheint. So sehr „Demokratie“ infolge der Erfahrungen aus den 1990er Jahren tatsächlich diskreditiert sein mag, so wenig ist sie dennoch wegzudenken aus dem offiziellen, ja, auch aus dem politischen Diskurs allgemein. Die Dinge stellen sich – wie so häufig in Russland – etwas komplizierter dar, als es auf den ersten Blick erscheinen mag: Russlands politische Identität, wie sie im offiziellen Diskurs artikuliert wird, zeichnet sich durch ein zutiefst ambivalentes Verhältnis zur Demokratie aus. Demokratisierung, oder eine Erweiterung und Vertiefung

der Demokratie, sind in der Tat keine zentralen Forderungen im weiteren politischen, und schon gar nicht im offiziellen Diskurs – dies ist ein grundsätzlicher Unterschied zu den Jahren unter El'cin: Demokratie ist nicht Programm.¹ Dennoch ist „Demokratie“ in ihrer weitgehenden Abwesenheit diskursiv präsent wie eh und je. Dies hängt damit zusammen, dass die „Demokratie“ der 1990er Jahre vor allem ein Versprechen nicht erfüllt hat: Die Einlösung jenes von mehr Wohlstand steht für die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor aus. Stärker diskreditiert als die Demokratie selbst sind die „Demokraten“ der 1990er Jahre, die „Demokraten an der Macht“. Dies äußert sich auch im Niedergang von *Jabloko* und der Auflösung von *SPS* beziehungsweise deren Einzug in das regierungsfreundliche Lager unter anderem Namen. Dass *SPS* und nicht *Jabloko* diese Absorption erfahren hat, ist kein Zufall. *SPS* galt seit jeher als die wirtschaftsliberalere der beiden „demokratischen“ Parteien, während *Jabloko* mehr dem politischen Liberalismus verpflichtet ist und eine soziale Programmatik vertritt. Der offizielle Diskurs während des Untersuchungszeitraums hat sich aber nie von wirtschaftsliberalen Forderungen verabschiedet. Der Liberalismus, der zu Beginn der Reformbewegung als Forderung eine untergeordnete Rolle spielte (Sogrin 1997), blieb in seiner wirtschaftspolitischen Dimension unter dem Label „Demokratie“ unangetastet: Demokratie bleibt also wichtig – als ein Marker für Fortschritt, Modernisierung und Zugehörigkeit zur fortschrittlichen Welt, zu Europa, ja, zum Westen insgesamt. Dabei geht es sowohl um die Außendarstellung als auch um eine nach innen widerspiegelte, unerfüllte Forderung. Es bestehen Äquivalenzen zu anderen Forderungen im politischen Diskurs, wie zu jener nach Modernisierung, die nochmals gesondert angesprochen wird.

Deswegen macht es heutzutage Sinn, zwischen mindestens drei verschiedenen Artikulationen von Demokratie in Russland mit dazugehörigen Repräsentanten zu unterscheiden: Erstens gibt es die „Demokraten der ersten Stunde“, die ersten demokratischen Dissidenten, die Lukin (2000) so anschaulich porträtiert

-
- 1 Liliya Ševcova hat diesen Paradigmenwechsel knapp zusammengefasst: „Just a few years earlier, everyone had spoken of reform, progress, renewal, modernization, and democracy. [...] Now completely different words filled the air – stability, statehood, order, sovereignty, greatness, power, patriotism.“ (zit. nach Saari 2009: 740) Vorliegende Arbeit hat aber versucht zu zeigen, dass nicht alle Forderungen aus der El'cin-Ära aufgegeben wurden und dass in Ševcovas Auflistung der neuen Schlüsselbegriffe definitiv zwei fehlen: Demokratie und mehr noch Modernisierung. Was im Ergebnis der Arbeit nicht zuletzt wichtig erscheint, ist hinter die Fassade dieser Begriffe zu blicken, darauf zu achten, wofür sie stehen und wie sie miteinander kombiniert werden.

hat; aus ihren Reihen hervorgegangen sind unter anderem auch – zweitens – die „Demokraten an der Macht 1991-2000“ um Boris El'cin sowie später die heutigen „oppositionellen Demokraten“, die sich parteipolitisch bei *Jabloko* ansiedeln lassen, aber auch außerhalb der Parteilandschaft in Nichtregierungsorganisationen zu finden sind. Drittens und schließlich gibt es die neuen „Demokraten an der Macht seit 2000“, die allerdings nicht auf eine Vergangenheit als Dissidenten zurückblicken oder in deren Tradition stehen: Es sind die „Demokraten“ im heutigen Kreml, die sich als Träger eines demokratischen Diskurses gerieren, als Repräsentanten einer russischen Variante von Demokratie mit nationalistischen Untertönen. Etwas anderes als „Demokraten“ dürften sie nicht sein, alles andere wäre im Inneren und Äußeren inakzeptabel – nicht nur deshalb rekuriert der offizielle Diskurs auf zweitgenannte Tradition von Demokraten, welche als Grundlage für das heutige System diene. Es hat auch andere Gründe: Denn – um aus zwei Interviews zu paraphrasieren – niemand wolle in einem Land leben, das sich als „autoritärer Polizeistaat“ präsentiert (Interview 6/1/21-23), und schließlich habe man einen Übergang zur „Demokratie“ versprochen und als dort „angekommen“ – zumindest teilweise – muss man sich darstellen, will man des Status quo legitimieren und für die Zukunft erhalten (Interview 4/1/19-25). Deswegen bleibt Demokratie nach wie vor diskursiv so sichtbar.

Russland und der Westen

Die zweite kontraintuitive Einsicht ist, dass die vielfach beobachtete Retraditionalisierung – die weiter unten näher bestimmt werden soll – eben nicht nur zu einer eindimensionalen Distanzierung vom Westen im weitesten Sinne geführt hat. Es stimmt zwar, dass es eine Vielzahl von Hinweisen gibt, dass der offizielle Diskurs zunehmend auch nationalistische Forderungen aufgenommen hat. Dazu zählen insbesondere das Beharren auf einen Großmachtstatus und die Forderung nach einer Aufwertung der ethnischen Russen in der Föderation selbst und im „nahen Ausland“. Damit hängt auch eine Entfremdung von einem idealisierten Bild des Westens zusammen, wie es in den späten 1980ern und frühen 1990ern noch kultiviert wurde. Oft genannte Faktoren sind die NATO-Osterweiterung und der Eingriff der Allianz in den Kosovo-Konflikt. Vorliegende Arbeit hat aber auch zeigen können, dass der sogenannte „Kampf gegen den Terror“, insbesondere von den Vereinigten Staaten geführt, die Invasionen in Afghanistan und nicht zuletzt im Irak für das Image des Westen im russischen politischen Diskurs zumindest nicht zuträglich waren. Diese Ereignisse ließen sich nicht einschreiben im dem Westen freundlich geneigten oppositionell-demokratischen Diskurs. Mehr als diese Ereignisse im „fernen Ausland“ – und das war ein weitgehend unerforschtes Gebiet – bildeten auch die sogenannten farbigen Revolutionen im

post-sowjetischen Raum Dislokationen, die den russischen politischen Diskurs herausgefordert haben:² Wie diese neuerlichen „unfreundlichen Akte“ des Westens in einen „demokratischen“ (und damit pro-westlichen) Diskurs einschreiben? Steht auch Russland eine durch den Westen wenn nicht initiierte, so doch zumindest unterstützte Revolution bevor, weil Russland nicht „demokratisch“ genug ist?³ Die Herausforderung für den offiziellen Diskurs bei alledem bestand und besteht also letztlich darin, *trotz* Ablehnung vieler Politiken führender westlicher Staaten, und bei damit einhergehender Retraditionalisierung, „demokratisch“ zu *bleiben*.

Dennoch: Die Beziehung zum Westen bleibt äußerst ambivalent. Im offiziellen Diskurs figurieren der Westen und besonders Europa auch als positiv besetzte Marker. Geopolitische Konkurrenz, insbesondere zu den USA, ist das eine – wirtschaftliche Konkurrenz und Kooperation insbesondere mit Europa das andere. Unangetastet bleibt dabei die Forderung nach einer kulturell-historischen Zugehörigkeit zu Europa. Letztlich ist das etwas, das bei aller politischen und ökonomischen Konkurrenz bleibt. Und es ist auch etwas, das im Gegensatz zur

-
- 2 Letztlich muss auch der Konflikt in Süd-Ossetien in dieser Linie gesehen werden: Zumindest von russischer Seite aus wurde das georgische Vorgehen als durch den Westen sanktioniert betrachtet und damit als ein Versuch, russisches Einflussgebiet militärisch zu erobern. Georgien wurde hier bereits dem westlichen Lager zugeschrieben. Die publizistische Schlacht, die der Konflikt entfacht hat und in der sich erneut der Europa-Verlag hervorgetan hat (Margiev et al. 2008), wäre eine eigene Untersuchung wert.
 - 3 Die „farbigen Revolutionen“ markieren insbesondere eine Zäsur für Russlands Haltung gegenüber der europäischen (und generell westlichen) Demokratie-förderung, die bereits bestehende Tendenzen verschärft hat und die latente russische Opposition dazu hat manifest werden lassen: Sie hätten zu einem regelrechten backclash geführt und zu einer aktiven anti-assistance und anti-promotion. Die Revolutionen verliehen einer bereits bestehenden russischen Agenda zunehmende Dringlichkeit (Saari 2009: 733f.; 741). Die Angst vor einer durch den Westen initiierten Revolution in Russland flackerte Anfang 2011 nach den Umbrüchen in vielen arabischen Ländern wieder auf. Igor Sečín, ein Stellvertreter Putins und Hardliner, beschuldigte explizit Google-Manager, die ägyptische Bevölkerung manipuliert und den Umsturz am Nil bewirkt zu haben (<http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703529004576160383557143662.html>, [27/02/2011]), und selbst Präsident Medvedev verwies auf „äußere Kräfte“, die auch in Russland eine Revolution auslösen wollten (<http://www.themoscowtimes.com/opinion/article/medvedevs-new-search-for-enemies/431628.html>, [27/02/2011]).

politisch-ökonomischen Partizipation und Zugehörigkeit Russland nicht verweigert werden könne. Schlussendlich sei diese politisch-ökonomische Ablehnung „nichts persönliches“ (Surkov), sondern *Business*, und berühre nicht das gemeinsame kulturelle und historische Fundament. In diesem Lichte könne das Akzeptieren von Konkurrenz und *Business* auf Seiten Russlands auch nichts anderes sein als der Versuch, sich einen weiteren „westlichen Wert“ anzueignen und Teil der westlichen Historiographie zu werden.

Insgesamt scheint also im russischen offiziellen Diskurs ein Versuch vorzuliegen, schmittianisch gesagt, aus dem Westen ein *justus hostis* zu konstruieren und ihn nicht als eine Negation des russischen Selbst (*inimicus*) zu sehen. Auf ökonomisch-politischer Ebene funktioniert dies im Falle Westeuropas und seiner Institutionen gut. Problematischer ist es im Falle der USA auf geopolitischer Ebene. Hier wird nicht zuletzt die vermeintliche oder tatsächliche, aber zumindest oft so empfundene Russophobie im US-amerikanischen außenpolitischen Establishment zum Problem (Tsygankov 2010). Schließlich muss festgehalten werden, dass eine Forderung nach Anerkennung durch den Westen, wie sie in den 1990er Jahren stark war und nach wie vor Bestand hat, schwächer geworden ist und den Forderungen nach einem Sonderstatus, zum Beispiel als „Großmacht“, Platz gemacht hat – etwas, was im Übrigen nicht unbedingt in einem Widerspruch stehen muss.

Russland zwischen Wirtschaftsliberalismus und westfälischem System

Zu dieser Forderung nach einem besonderen Status passen auch jene nach Souveränität und die Elogen auf das Westfälische System. Sie fangen damit in vielerlei Hinsicht auch Globalisierungängste auf.⁴ Natürlich macht man es sich zu einfach, wenn man ungehinderte Globalisierung und das Westfälische System

4 Womit Russland nicht alleine steht: „[D]ebates are afoot among various thinkers about the crisis of the nation-state, about the future of sovereignty, about the viability of states that are not part of strong regional coalitions. These debates [...] often take the form of new panics about foreign goods or about foreign languages, foreign migrants, or foreign investment. Many states find themselves caught between the need to perform dramas of national sovereignty and simultaneous feats of openness calculated to invite the blessings of Western capital and the multilaterals.“ (Appadurai 2006: 22) Für den russischen offiziellen Diskurs, der dem Staat eine solch zentrale Position zuweist, ihn beinahe als Materialisierung der russischen Nation interpretiert, ist natürlich die Vorstellung einer Devaluierung des Nationalstaates eine ganz besonders bedrohliche.

als die beiden einzigen Optionen darstellt.⁵ Im Fall des russischen offiziellen Diskurses scheint aber letztere Möglichkeit all das zu bieten, wonach man sich sehnt. Und dazu zählen insbesondere klar abgegrenzte staatliche Entitäten – etwas, was im post-sowjetischen Raum nach wie vor fehlt und selbst innerhalb der Föderation, allen Zentralisierungsbemühungen zum Trotz, mit Unklarheiten behaftet ist – aber auch klare Einflussphären. Dazu zählen ebenfalls klare vertragliche Abstimmungen zwischen Staaten (was klare Grenzen voraussetzt) und eine auf Verträgen aufgebaute Weltordnung: Keine andere Forderung erhebt Medvedev, wenn er von einer neuen Sicherheitsarchitektur für Europa spricht, die Russland einbindet und die NATO nach Möglichkeit ersetzt. Noch aber ist Russland infolge des Zusammenbruchs des bipolaren Systems der Komplexität der postmodernen Welt ausgesetzt. Die Regime-Konsolidierung im Inneren kann dem kaum entgegenwirken. Paradoxerweise hat Russland selbst in nicht geringem Maße zu dieser Situation beigetragen: Durch die marktwirtschaftliche Öffnung des Landes und die ökonomisch liberalen Politiken hat sich das Land der Globalisierung ausgesetzt – auch über das Ökonomische hinausgehend (und das entspricht auch der integrations- und globalisierungs-freundlichen Rhetorik Surkovs, wie in Kapitel 8 gesehen). Wirtschaftsliberalismus, wenn auch zunehmend mit dem Staat als übergeordnetes ökonomisches Subjekt, blieb auch in Putins Russland eine Maxime, besonders während seiner ersten Amtszeit, in welcher vielen Beobachtern zufolge die konsistentesten liberalen Reformen seit den 1990er Jahren durchgeführt wurden (Zweynert 2010: 550). Nun muss der offizielle Diskurs die so neu entstandenen Verwerfungen und Dislokationen verarbeiten: Das vermehrte Auftreten des Staates als ökonomischer Akteur, zum Beispiel als „Kremlin Inc.“ bezeichnet (Hayoz 2009), muss als ein Versuch gewertet werden, diese Verwerfungen aufzufangen. Die Sehnsucht nach einem Westfälischen Frieden ist eine analoge geopolitische Antwort auf diese Dislokationen. Eine andere, verknüpfte Reaktion liefert die wiederbelebte Alterität gegenüber dem Westen.

5 „The principle problem of being intellectually shackled to such a binary opposition is the manner in which it rests on largely mythical or fictitious suppositions. As Justin Rosenberg has made clear, the supposition of a modern, pre-globalised inter-state system based upon ‚constitutional separateness‘ – the so-called ‚Westphalian system‘ – is itself a fictional, or mythological, understanding of world order contradicted by the various de-territorialising and transversal forces that have characterised the development and propagation of the European nation-state form.“ (Coward 2005: 858) Für Hardt und Negri ist die internationale Ordnung, wie vom Westfälischen Frieden gestaltet, schon immer krisenhaft gewesen (Hardt & Negri 2000: 20).

Die Forderung nach Souveränität spiegelt sich auch im bereits angesprochenen Wunsch wieder, ein starker Staat, ja, eine „Großmacht“ zu sein – etwas, das bereits Martin Müller (2009) ethnographisch herausgearbeitet hat. Und hier liegt vielleicht eine der anschaulichsten Spannungen im offiziellen Diskurs: Eine Großmacht sein sichert natürlich Souveränität, macht es zugleich aber schwierig, ein „normales“, gleichberechtigtes Land in einem Staatensystem zu sein: Als Großmacht wird es schlicht unmöglich, anderen „auf Augenhöhe“ zu begegnen. Besonders schwierig wird dann natürlich eine Zugehörigkeit zum Westen, wo der Platz der Großmacht bereits durch die USA belegt ist. Gerade auch auf ein Russland mit so einem Sonderstatus „wartet niemand in Brüssel“ (Nikonov).

Staatliche Stärke wird dabei zu einer zentralen Forderung. Sie sichert die Souveränität des Landes. Der Staat wird überhaupt erhoben zur Inkarnation der Nation. Der Staat wird zum Fetisch. Ist der Staat bedroht, von außen (durch die westlichen Mächte oder allgemeiner durch die Globalisierung) oder von innen (durch Separatismus), ist die russische Nation an sich bedroht – so zumindest stellt es sich im offiziellen Diskurs dar. Die zentralen staatlichen Institutionen, insbesondere natürlich das Amt des Präsidenten, vielleicht aber besonders „Putin“ und das unter ihm etablierte System werden damit fast unantastbar: Ein Angriff auf „Putin“ (und auf das, wofür er steht) wird also zu einem Angriff auf den Staat und damit zu einem Angriff auf die russische Nation. Bricht der Staat zusammen, drohe der gesamten Nation der Untergang.

Demokratie im gegen-hegemonialen Diskurs

Im gegen-hegemonialen Diskurs, zumindest im untersuchten Strang, ist dagegen die Forderung nach Demokratie überraschend schwach ausgeprägt. Hier haben andere Forderungen Vorrang, besonders jene nach Modernisierung. Demokratie ist nur ein Anhängsel zweitrangiger Bedeutung und wird allenfalls dann erreicht, wenn eine ökonomische Modernisierung erfolgreich auf den Weg gebracht ist – eine Interpretation, die in dieser Form zuletzt auch von Medvedev zum Ausdruck gebracht wurde (s. Kapitel 11). In vielem erinnert das an Positionen der frühen Modernisierungstheorie und ist konsistent mit neoliberalen Ansätzen.

Natürlich werden die demokratischen Defizite erkannt und benannt. Aber auf politischer Ebene gibt es andere Forderungen, die dringlicher erscheinen, wie zum Beispiel jene nach einer Eindämmung der Korruption. Überhaupt wird eine Reform der politischen Elite eingefordert, die insbesondere das Versprechen einer ökonomischen Modernisierung nicht erfüllt habe und das Land ausraube. Mitunter mischen sich daher in diesem Strang des oppositionellen Diskurses auch Forderungen nach einer nationalistischen Politik, welche die Interessen der Nation, aller Russen (in einer übergreifenden Bedeutung, die zwischen „Russ-

ländern“ und „Russen“ in einem expansiven Sinn schwankt), berücksichtigt. Die Forderung nach einem Wechsel im Namen der Modernisierung geht so weit, eine „harte Hand“ zu fordern, die Reformen gegen die bestehende politische und ökonomische Führung durchsetzt – im Grunde liegt hier eine Forderung nach einem „anderen“, benevolenten, uneigennütigen Putin vor, nach einem, der tatsächlich (ökonomisch) Erfolg hat und nicht nur propagandistisch Fortschritt ankündigt. Referenzpunkt bleiben dabei die Staaten des Westens, auch in einer ökonomischen Perspektive. Damit ist dieser oppositionelle Diskurs nun nicht unbedingt antidemokratisch, wie beispielsweise der ethno-nationalistische, sondern die Prioritäten sind anders gesetzt: Demokratie ist dabei schlicht nicht auf dem ersten Platz. „Modernisierung“ dagegen bekommt die Funktion eines Knotenpunktes innerhalb dieses Diskurses.⁶

Retraditionalisierung als Resowjetisierung und Nationalismus

Dem „Nationalismus“ im gegen-hegemonialen Diskurs entspricht auch ein Nationalismus im offiziellen Diskurs. Generell ist dieser Symptom einer allgemeinen Retraditionalisierung:⁷ Der bewusste Einschluss der sowjetischen Geschichte in die Historiographie Russlands ist in vielen der untersuchten Publikationen erkennbar und deutet darauf hin, dass die Retraditionalisierung auch und vor allem eine Resowjetisierung beinhaltet. Die Wiederbelebung des 9. Mai als der zentrale, ja „heilige Feiertag“ (Putin) ist markantestes Symbol dafür. Sie betrifft aber genauso den ökonomischen Bereich: Da das „westliche Modell“ Wachstum ohne Entwicklung gebracht hätte, wird die sowjetische, modernisierende Erfahrung mit der Planwirtschaft neu gewürdigt (Zweynert 2010: 550ff.).⁸

Aber auch die aufgewertete politische Funktion der Orthodoxen Kirche ist augenfällig. Obwohl der offizielle Diskurs insgesamt einen laizistischen und konfessionsneutralen Eindruck erweckt – zumindest in den analysierten Quellen – ist es natürlich überraschend, einen Beitrag des Metropoliten Kirill in einem Buch zur souveränen Demokratie (*Pro suvernnuju demokratiju*) zu finden, der

-
- 6 Zweynert (2010) teilt diese Ansicht, verortet die Renaissance des Modernisierungsbegriffs aber besonders in der zweiten Amtszeit Putins: „Modernisation and innovation [...] became keywords of the Russian economic debate between 2003 and 2007.“ (Zweynert 2010: 550)
 - 7 Rückgriffe auf die sowjetische und vorsowjetische Ikonographie lassen sich anschaulich ablesen in der Werbung oder bei Herrscherdarstellungen (Sperling 2001; Rüthers 2008; Morris 2005; Sartori 2007; Engelfried 2007).
 - 8 Aufgrund der raschen Modernisierung der UdSSR in den 1920er und 1930er Jahren war die Planwirtschaft auch im Westen zunächst durchaus angesehen.

allein schon durch seine Präsenz dem Projekt seinen Segen gibt. Viele der artikulierten Forderungen sind konform mit solchen, wie sie beispielsweise von ethno-nationalistischen Autoren wie Aleksandr Sevast'janov repräsentiert werden. Prominent ist hier eine Reformulierung dessen, was und wer als „russisch“ angesehen werden kann. Hier kristallisiert sich heraus, dass „Russisch-Sein“ einerseits als ein offenes Konzept bestimmt wird in dem Sinne, dass jeder sich als Russin oder Russe begreifen kann, wenn sie oder er durch ein Bekenntnis zu Sprache und Kultur den Willen dazu bezeugt. Andererseits wird „Russisch-Sein“ zu einem kolonisierenden, unterdrückenden Konzept, das Unterschiede verwischt, verschleiert und zu der Konstruktion einer ethnisch-kulturellen Homogenität beitragen soll, wenn es zu Lasten anderer ethnischen Identitäten innerhalb der Föderation geht, wenn eine Assimilation gefordert wird. Das bedeutet das Ende eines ethnischen Pluralismus, eine Absage an eine staatsbürgerliche Identität und das Ende der Anerkennung der Heterogenität, wie sie in der Verfassung festgeschrieben ist beziehungsweise in den Ausdrücken *rossijane* (Russländer) und *rossijskij* (russländisch) zuvor anerkannt wurde. Gar von einer *allrussländischen* Identität, wie sie noch bei *Edinaja Rossija* gefordert wurde (Kapitel 6), ist nicht mehr die Rede.

Depolitisierung

Auf der Ebene der theorierelevanten Erkenntnisse konnte die vorliegende Arbeit insbesondere die depolitisierenden Dimensionen des offiziellen Diskurses herausarbeiten, die bisher – von wenigen Ausnahmen abgesehen (Makarychev 2008) – in sozialwissenschaftlichen Analysen unterbelichtet geblieben sind.⁹ Im Gegenteil: Gerade der Präsidentschaft Putins wird häufig eine „Repolitisierung“ zugesprochen, mit der Konstruktion klarer politischer Fronten und Feindbilder. Dies trifft aber nur teilweise zu und gilt insbesondere für die Außenpolitik. Aus der Perspektive dieser Arbeit sind aber ebenso die Forderungen nach einer organischen politischen und sozialen Gemeinschaft relevant (Archi-Politik); das beständige Bestreben, Forderungen von „Dissidenten“ im weitesten Sinne zu bedienen und damit zu neutralisieren sowie der Opposition ein Programm zu nehmen (Para-Politik); und die konstanten Verweise auf rationales Wissen und auf (wirtschaftliche) Effizienz (Meta-Politik). Insofern ist souveräne Demokratie letztlich ein Beispiel für ein para-politisches Konzept, das Demokratie national artikuliert beziehungsweise nationalistische Forderungen als „demokratisch“ präsentiert. Das Erreichen eines *post-politischen* Szenarios jedoch, indem ideologischer Konflikt ersetzt wird durch die Kooperation aufgeklärter Technokraten

9 Depolitisierung taucht als Kategorie vielmehr in Bezug auf Westeuropa auf (Žižek).

(Žižek 1999), scheint noch nicht erreicht worden zu sein – was nicht nur an der möglicherweise mangelnden Aufgeklärtheit der Technokraten liegt: „[P]ure post-politics [...] is inherently impossible: any political regime needs a supplementary ‚populist‘ level of self-legitimization.“ (Žižek 2009: 268)

Und dies scheint auch für Russland zu gelten: Depolitisierung funktioniert nicht ohne ein populistisches Moment. Hier hat die formale Bestimmung von Populismus von Ernesto Laclau (2005a) viele Anregungen geliefert. Die 1990er Jahre haben genug Frust mit den Institutionen produziert, um zu einer Krise der Repräsentation zu führen, welche die Grundlage für jede populistische Reaktion bildet. Allerdings scheinen nicht alle formalen Eigenschaften des Populismus auf Russland zuzutreffen. Dabei ist die Konstruktion eines *populus* vielleicht ein Kernproblem. Oben wurde bereits das Problem „*russkij-rossijskij*“ angedeutet, das Problem unklarer Grenzen und damit auch der Diaspora-Russen, der *Soote-čestvenniki*. Es ist eben das Ziehen einer Grenze, nicht zuletzt auch zu einem institutionalisierten Anderen, das schwer fällt. Žižek fügt der formalen Bestimmung von Populismus noch eine klarere Definition des Feindes „auf der anderen Seite der Barrikade“ hinzu. Der Feind im russischen offiziellen Diskurs ist aber viel zu verwischt und ambivalent, um in diese Definition von Populismus zu passen. Dennoch ist eine Vielzahl populistischer Tendenzen erkennbar: nicht zuletzt auch die Funktion des Namens „Putin“ als *object petit a*, als unerreichbares Objekt des Begehrens, als Symbol für eine neue, sehnstchtig erwartete moderne *Ordnung*, als Objekt, das die Repräsentationskrise löst. Diese Sehnsucht wurde aber nur teilweise erfüllt. Was bei Laclau zu fehlen scheint, ist eine Analyse der spannungsgeladenen Wechselbeziehung zwischen Depolitisierung und Populismus, ja ihrer teilweise widersprüchlichen Gleichzeitigkeit.

Das Konzept des Populismus liefert auch eine mögliche Erklärung für das, was Sakwa (2004) als Regime-Konsolidierung bezeichnet hat. Im Gegensatz zu vielen westlichen Demokratien, in denen Politiker abgestraft werden (können), die ihre Versprechen nicht halten, wird in Russland paradoxerweise das Nicht-Einhalten zum Dreh- und Angelpunkt der Regime-Kontinuität: Forderungen nach Modernisierung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit bleiben *unerfüllte* Forderungen, mit „Putin“ oder seinem „Plan“ als die einzigen Wege, sie durchzusetzen gegen ein institutionelles System (die Bürokratie) und gegen „Revanchisten“ (Kommunisten, Oligarchen), welche die Erfüllung der Versprechen verweigern. Souveräne Demokratie artikuliert unerfüllte Forderungen. Anders ausgedrückt: Um an der Macht zu bleiben, darf man Forderungen nicht erfüllen.¹⁰ Diese Theo-

10 Eine entfernt analoge Situation liegt auch in Italien vor: Die Lega Nord, angetreten mit dem zentralen Ziel einer Föderalismusreform und mehrfach an der Regierung

retisierung des Populismus an der Macht oder „von oben“ ist eine Lücke in der Theorie Laclaus.

Heterogenität

Ein weiteres Problem ist die Binarität von Laclaus Modell, das auf interne Unstimmigkeiten verweist: Laclau fokussiert zu sehr auf den Kontrast zwischen hegemonialem und gegen-hegemonialem Diskurs und lässt die Verbindungen zwischen einzelnen Momenten/Forderungen *innerhalb* des Diskurses unterbeleuchtet, das heißt: Wie sich die Momente zueinander verhalten. Dabei verfügt man mit Laclau durchaus über das dazu nötige Instrumentarium. Zu diesem Instrumentarium zählt gewiss der Begriff der Heterogenität, mit dem jene Elemente und Forderungen begriffen werden können, die sich außerhalb des diskursiven Feldes befinden und nicht artikuliert werden können – weder im hegemonialen noch im gegen-hegemonialen Diskurs.

Eine Erkenntnis aus der vorliegenden Arbeit ist sicherlich auch, dass eine eindeutige Zuweisung von Forderungen zum einen oder anderen Lager nicht immer möglich ist. De facto sind alle Signifikanten immer wieder flottierende Signifikanten, die zwischen Diskursen umkämpft und mit unterschiedlicher Bedeutung aufgeladen sind. Die Lösung zu diesem Dilemma liegt darin, die Signifikanten entweder als immer nur punktuell sich im einen oder anderen Lager befindlich zu interpretieren, sodass immer nur wiederholte Momentaufnahmen eines Diskurses möglich sind, oder aber – und das scheint naheliegender: Forderungen als sich immer in beiden Lagern *gleichzeitig* befindlich zu betrachten. Wobei Laclau diese Möglichkeit natürlich nicht ausschließt.¹¹ Daraus

beteiligt, hat dieses Versprechen bis dato nicht eingelöst. Auch in diesem Fall gibt es ein Wechselspiel zwischen einem Teil des institutionellen Systems (die Partei Lega Nord mit ihren Ministern unter anderem für Föderalismus), dessen Programm an einem anderen, trägen Teil (das Parlament, die Regionen, die Judikative, der Präsident) immer wieder scheitert. Auch hier gilt scheinbar die Faustregel für einen Populismus „von oben“: Machterhalt durch Nichteinlösung von Forderungen. Die deutsche FDP andererseits hat es mit ihrer Forderung nach Steuersenkungen in der laufenden Legislaturperiode nicht geschafft, eine ähnliche Rolle zu spielen: Zumindest in Umfragen wird sie für die ausgebliebene Durchsetzung der Steuererleichterungen abgestraft – für eine populistische Übersetzung der Forderung ist diese scheinbar zu partikularistisch.

- 11 „Each discursive element would be submitted to the structural pressure of contradictory articulating attempts. [...] The political dynamic of populism depends on this internal frontier being constantly reproduced.“ (Laclau 2005b: 41) Beziehungsweise an

ergibt sich unter anderem die Notwendigkeit, Netzwerkstrukturen zwischen den einzelnen Forderungen zu rekonstruieren. Dies ist in der Arbeit teilweise erfolgt. Interessant wäre aber auch eine Analyse jenseits der Diskursgrenze.

Demokratie als leerer Signifikant?

Auch im russischen politischen Diskurs nimmt der Signifikant der Demokratie wieder eine zentrale Position ein. Es gibt wohl keinen anderen Signifikanten, der so sehr entleert ist, dass er in ganz verschiedenen Kontexten und zu ganz verschiedenen Zeiten eine solche zentrale, Diskurse zusammenhaltende Funktion hat übernehmen können. Selbst im politischen Teil von *Hegemony and Socialist Strategy* geht es Ernesto Laclau und Chantal Mouffe darum, verschiedene demokratische Kämpfe zu binden. Auch wenn man andere Arbeiten von Chantal Mouffe betrachtet, ist Demokratie weiterhin, bei aller Kritik an ihrer kontingenten Verquickung mit einem (ökonomischen) Liberalismus, der leere Signifikant unserer Zeit. *Andererseits* muss betont werden, dass „Demokratie“ zumindest im gegen-hegemonialen Diskurs diese privilegierte, bindende Funktion völlig verloren hat. Dort ist Demokratie nur eine nachrangige Forderung, eingeordnet unter zumeist ökonomisch geprägten Ansprüchen.

Eine letzte Frage schließlich betrifft, wie es dieser offizielle Diskurs vermochte, ein politisches Subjekt zu konstituieren. Diese Frage ist lose verbunden mit Laclaus Diskussion von *Empire* (Laclau 2004). Ähnlich wie in der Konzeption von *Empire* und *Multitude* zeichnet sich auch der russische offizielle Diskurs dadurch aus, dass er ausgesprochen expansiv ist. Dies wäre auf den ersten Blick nicht nur nicht problematisch, sondern vielmehr Ausdruck einer hegemonialen Operation, jedoch fehlt ihm dabei – und das wurde oben bereits angedeutet – der klare und eindeutige Feind, ein konstitutives Außen. Die Grenzenlosigkeit, also der Versuch, möglichst viele diskursive Elemente zu inkludieren, zum Beispiel unterschiedliche Perioden russischer Geschichte als Einheit zu bestimmen, ja letztlich einen universalistischen Anspruch zu erheben, in dem souveräne Demokratie als Modell für andere Länder präsentiert wird,¹² macht es schwie-

anderer Stelle zur Beziehung von leeren und flottierenden Signifikanten: „A situation where only the category of empty signifier was relevant, with total exclusion of the floating moment, would be one in which we would have an entirely immobile frontier – something that is hardly imaginable.“ (Laclau 2005a: 133)

- 12 Morozov (2010) deutet souveräne Demokratie als Versuch, „Demokratie“ zu dekonstruieren und einer westlichen Deutungshoheit zu entreißen. Gerade im Lichte dieser Arbeit zeigt sich aber überdeutlich, wie stark auch das russische Demokratie-Modell durchsetzt ist mit Referenzen auf den Westen.

rig, ein handlungsfähiges politisches Subjekt zu konstituieren. Wie ist politisches Handeln in diesem Kontext möglich? Es scheint sich letztlich nur auf das Handeln des populistischen Anführers zu reduzieren, im Sinne eines Populismus „von oben“.

Wohin haben uns diese Überlegungen geführt? Mit dieser Arbeit wurde erstens gezeigt, wie fruchtbar der diskurstheoretische Ansatz von Ernesto Laclau auch empirisch zur Anwendung gebracht werden kann und welche Einsichten er ermöglicht: bei der Erforschung politischer Formationen generell und für die Analyse systemischer Transformationen insbesondere. Mit der Arbeit wurde zweitens – so bleibt zu hoffen – ein anderer als der gewöhnliche sozialwissenschaftliche Blick auf die russische „Transformation“ geworfen, speziell auf die Periode nach 2000, die so häufig mit verallgemeinernden Labels versehen wird. Hier wurde der Versuch unternommen, der Komplexität und Vielschichtigkeit im offiziellen und generell im politischen Diskurs gerecht zu werden.

